



P R E S S E M I T T E I L U N G

AZ Meldung vom 9.11.2006 „Gedenktag: Stadt sperrt Extreme aus“

Am Jahrestag der Pogromnacht verbietet nach einer Meldung der Augsburger Zeitung die Stadt Augsburg eine von der VVN/BdA Augsburg mitgetragene Mahnwache an der Gedenktafel am ehemaligen Gestapogefängnis "Katzenstadel". Dieses Gefängnis war die Zwischenstation für viele ins KZ Dachau. Wenn Menschen Gedenkarbeit für Opfer des faschistischen Terrors leisten und Zivilcourage gegen das zunehmende Auftreten von Neofaschisten in unserer Stadt zeigen kann es nicht angehen, dass die Stadt diese Menschen ausgrenzt oder eine Gedenkveranstaltung an einem historischen Ort, noch dazu an einer von der Stadt angebrachten Gedenktafel, verbietet. Statt die Mahnwache von Augsburger AntifaschistInnen zu verbieten, sollten die Stadt Augsburg, vertreten durch den Oberbürgermeister und die im Stadtrat vertretenen Parteien diese Veranstaltung am ehemaligen Gestapogefängnis ohne wenn und aber unterstützen.

Obwohl die AZ mit einer Reporterin und einer Fotografin selbst Augenzeuge des Angriffs der Neonazis auf der Gedenkveranstaltung im Westfriedhof war, ist es empörend und nicht hinnehmbar, diese durch sieben polizeiliche Festnahmen von Rechtsextremisten beendete Provokation als "Zusammenstöße von linken und rechten Aktivisten" zu beschreiben. Wir fordern die AZ auf, diese tendenziöse und unseriöse Berichterstattung zurückzunehmen und öffentlich zu berichtigen, ist sie doch eine Beleidigung aller an der Veranstaltung teilnehmenden KZ-Opfer, Stadträte, Gewerkschaftsvertreter und Bürgerinnen und Bürger Augsburgs.

Die offene Provokation von Neofaschisten auf dem Westfriedhof ist das Schlimme und bedarf der Gegenwehr. Statt zu verbieten sollte die Stadt die geplante Veranstaltung am Katzenstadel unterstützen!

Wir fordern deshalb die Zurücknahme des Verbots.